

12.07.2014

Positionen und Forderungen des Landeselternbeirats von Hessen zum bevorstehen- den Bildungsgipfel der Landesregierung

Bildung ist das wichtigste Gut, dass wir unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln können. Bildung entscheidet über die gesellschaftliche Teilhabe und ist ein Garant für die vielfältige Anlage von Entwicklungspotenzialen. Der Landeselternbeirat von Hessen fordert daher, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder Status der Eltern.

Dabei muss jedes Kind individuell gefördert werden. Spätestens seit Pisa wissen wir, dass eine frühzeitige Selektion schadet. Dazu muss der Etat für Bildung stark aufgestockt und in die Qualität unserer Schulen investiert werden.

Der Landeselternbeirat begrüßt, dass sich die Politik im Rahmen von Strategiesitzungen, Bildungsgipfel und Enquetekommission intensiv mit einer Neuordnung der Schulpolitik beschäftigt. Im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung des Schulsystems nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen (z. B. Steg-Studie), fordern wir eine wissenschaftliche Begleitung der Enquetekommission und des Bildungsgipfels.

Der Landeselternbeirat fasst mit diesem Papier seine Positionen und Forderungen – nicht abschließend – zusammen und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Struktur

Um die strukturelle Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Haushalten zu relativieren, müssen flächendeckend gebundene Ganztagschulen angeboten werden, die über die pädagogische Mittagsbetreuung hinausgehen. In dieser Zeit soll es für alle Kinder und Jugendlichen Unterrichtsstunden, Spiel- und Pausenphasen, freiwillige Arbeitsgemeinschaften in Kooperation mit Vereinen und bedarfsgerechten Nachmittagsunterricht geben. Die wissenschaftlichen neurologischen Untersuchungen müssen auch in den Schulen Beachtung finden. Dazu zählt die Rhythmisierung des Unterrichts, individueller Unterricht mit Gruppenarbeiten, statt des immer noch häufig praktizierten Frontalunterrichts. Künstlerische und handwerkliche Fächer gehören zwingend in den Pflichtunterricht von Grundschulen und weiterführenden Schulen. Qualifizierter Musikunterricht, Handarbeitsunterricht und Werken trainieren wichtige Fähigkeiten und dürfen nicht Sparzwängen geopfert werden. Der Schulalltag muss in allen Schulformen und Jahrgangsstufen entschleunigt werden. Ganztagschule, wie sie derzeit in großen Teilen praktiziert wird, lehnen Eltern ab, da sie nur als Aufbewahrungsstätte dienen. Schule braucht Verlässlichkeit und eine gute Hand, dazu zählen auch begleitete Mittagessen und multiprofessionelle Teams.

Der sogenannte „Pakt des Nachmittags“ bietet keine Alternative zur echten Ganztagschule. Mit diesem Pakt ist rhythmisierter Unterricht ausgeschlossen. Unsere Kinder brauchen auch nach 14:30 Uhr eine Betreuung von professionellen Teams.

Aus unserer Sicht ist eine gebundene, qualitativ hochwertige Ganztagschule Voraussetzung für Inklusion und Chancenausgleich. Für eine gesunde Schulentwicklung brauchen Schulen verlässliche Strukturen.

An allen Schulen müssen gleiche Qualitätsvoraussetzungen geschaffen werden, unabhängig von Strukturen der Gemeinden oder Kommunen. Die Schulentwicklung muss von der Politik weitestgehend losgelöst werden, damit Schule nicht einem stetigen 5-Jahres-Wechsel unterliegt.

Der Wechsel zwischen verschiedenen Schulformen ist fast nicht mehr möglich. Damit werden Bildungswege schon früh fest geschrieben und Entwicklungspotenziale unserer Kinder vernachlässigt. Die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit muss wieder gewährleistet werden, sowohl innerhalb Hessens als auch bundesweit.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist ein verlässlicher Qualitätsstandard und muss als fester Bestandteil an allen Schulen eingerichtet werden. Es darf dabei kein Hin- und Her-Verlagern der Zuständigkeiten zwischen Land, Bund und Kommune geben.

Beratersystem

Viele Schulen haben gute Ideen, die sie oft nicht umsetzen können, weil sie sich das im Rahmen ihrer Ressourcen nicht leisten können und alleine gelassen werden. Wir brauchen für

Viele Schulen sind aber auch mit den Anforderungen, die an sie gestellt werden, überfordert. Zur Entwicklung von Schule muss es daher ein verbindliches Beratungssystem geben, das Schulen unterstützt und über die bisherige Beratung an Schulen hinausgeht. Das Beratungssystem muss dabei stets einen Blick darauf haben, in welche Richtung sich die einzelne Schule entwickelt.

Inklusiver Unterricht

Unsere Kinder sind individuell und verschieden. Es gibt keine DIN-Norm Kinder. Deshalb müssen sie individuell gefördert und gefordert werden. Inklusion muss als grundlegendes Element im Schulsystem verstanden werden. Ein gemeinsamer und inklusiver Unterricht baut die individuellen Stärken unserer Kinder und Jugendlichen aus und kompensiert die Schwächen. Der Unterricht muss binnendifferenziert für jedes Kind an seinen Fähigkeiten ausgerichtet werden.

Inklusion funktioniert nur in echten Ganztagschulen und integrierten Systemen. Inklusion darf nicht nur in den Hauptschulen abgewickelt werden. Zur Inklusion gehört auch eine gute finanzielle Ausstattung und eine angepasste Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Lehrkräfte

Gute Schule braucht multiprofessionelle Teams (Förderschullehrkräfte, Sozialpädagogen, Fachlehrkräfte, Schulpsychologen, u.a.). Um der Individualität der Kinder gerecht zu werden, müssen unsere Lehrkräfte Fort- und Ausbildungen erhalten, die ihnen die Methoden des binnendifferenzierten Unterrichts vermitteln. Die derzeitige Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ist stark auf das gegliederte Schulsystem ausgerichtet. Das verhindert eine optimale Entfaltung und Nutzung der Potenziale. Eine Ausrichtung der Ausbildung auf Schulstufen, statt Schulformen ermöglicht ein breites Spektrum an Lehrkräften, die multipel in verschiedenen Teams eingesetzt werden können.

Aufgaben müssen in verschiedenen Leistungsstufen angeboten werden. Lehrkräfte müssen dahin ausgebildet werden, dass sie unsere Kinder bei der optimalen Entfaltung ihrer sozialen, geistigen und körperlichen Fähigkeiten unterstützen.

Dafür brauchen wir motivierte, möglichst gesunde und gut bezahlte Lehrkräfte (keine TV-H Verträge). Wie die Hattie-Studie gezeigt hat, steht und fällt jeder Unterricht mit den Fähigkeiten der Lehrkraft eine persönliche Beziehung zu jedem Kind aufzubauen und eine gute Mitte zwischen Wertschätzung und Autorität zu halten. Das bedeutet auch, dass bereits frühzeitig ein persönlicher Eignungstest der angehenden Lehrkräfte dringend erforderlich ist, um die Folgen beispielsweise früher Burn-Out-Fälle gering zu halten.

Die Lehrerbildung muss insgesamt mehr der Verantwortung des Erziehungsauftrages nachgehen.

Da alle Lehrkräfte in allen Schulen gute Arbeit leisten, sollten sie auch gleich bezahlt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gymnasiale Lehrkräfte besser bezahlt werden, als Lehrkräfte in Hauptschulen, die ganz sicher eine mindestens gleich gute Arbeit leisten.

Es muss sichergestellt werden, dass die Lehrerversorgung ausschließlich dem Unterricht zugute kommt. Verwaltungsangestellte, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen etc. sind keine Lehrer und deshalb in diesen Versorgungsansatz nicht einzubeziehen. Musik, Kunst, Werken und Handarbeit können – nach pädagogischer Weiterbildung – auch von fähigen Angehörigen der entsprechenden Berufsgruppe unterrichtet werden. Lehrerstellen dürfen nicht unbesetzt bleiben. Scheidet eine Lehrkraft aus, muss die nachfolgende Lehrkraft sowohl zeitlich als auch inhaltlich nahtlos anschließen.

Gleiches gilt für die Einarbeitung einer neuen Schulleitung durch die Vorgänger. Je mehr Verantwortung – auch und gerade im Rahmen der Selbständigen Schule – dem Schulleiter übertragen wird, desto wichtiger sind eine frühzeitige Nachfolgeregelung und eine reibungslose Übertragung der Aufgaben.

Die Ausschreibungen der Lehrerstellen müssen aktualisiert werden. Die Verpflichtung, dass Schulleiter „die besten Bewerber“ nehmen müssen, führt dazu, dass vermehrt Zeitverträge abgeschlossen werden. Diese Lehrer werden von anderen Bundesländern mit einer Festanstellung weggelockt. Leidtragende sind unsere Kinder, die bereits in der Grundschule häufig mit ständig wechselnden Klassenlehrern konfrontiert werden. Hier muss ein Weg gefunden werden, der die notwendige Forderung nach Qualität mit dem Bedürfnis der Kinder nach Beständigkeit in Einklang bringt.

Der Beruf der Lehrerinnen und Lehrer muss wieder höhere Akzeptanz und Anerkennung finden. Durch qualifizierte Aus- und Fortbildungen müssen Lehrkräfte unterstützt werden. Ihnen müssen neben ihrem fachlichen Know-How auch Grundlagen der Diagnostik vermittelt werden, damit sie befähigt werden, ihre Kenntnisse optimal einzusetzen, aber auch zu erkennen, wann es angezeigt ist, auf die professionelle Hilfe Dritter zuzugreifen.

Das Lehrerstudium muss entsprechende Ausbildungsinhalte vermitteln, den Lehramtskandidaten aber auch die Gelegenheit geben, in ausreichendem Umfang praktische Erfahrungen zu sammeln. Zudem sollte ein Jahresarbeitszeitkonto vor Überlastung der Lehrkräfte schützen. Teamarbeit ist notwendig, da die Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen und Schulpsychologen unbedingt ausgebaut werden muss.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel macht vor Schulen und Kindertagesstätten nicht halt. Für die Herausforderungen die auf Schulen und KiTas in den Städten, den ländlichen Gebieten und der Verwaltung zukommen, werden dringend Konzepte benötigt. Schule und Bildung muss auf den Demografischen Wandel vorbereitet werden. Dabei muss die Daseinsvorsorge im ländli-

chen Raum gesichert werden. Aufgaben, Organisation und Verantwortlichkeiten müssen entsprechend angepasst werden.

Klassengrößen

Nur in kleinen Klassen ist ein qualitativ hochwertiger, individueller und inklusiver Unterricht möglich. Wir fordern deshalb eine Obergrenze von 20 Kindern pro Klasse. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sinkende absolute Schülerzahlen dürfen dabei nicht zu einer Reduzierung des Bildungsetats führen. Diese Entwicklung ist vielmehr als Chance zu sehen, das Ziel kleinerer Klassengrößen und einer adäquaten Ausstattung der Schulen schneller zu erreichen, als es sonst möglich wäre. Der Grundsatz "Kurze Beine, kurze Wege" muss weiterhin beachtet werden.

Förderung

Die in der VO über die Stundentafeln in der Primarstufe und der Sekundarstufe I vorgesehenen zwei Förderstunden *sowohl für leistungsschwächere als auch -stärkere Schülerinnen und Schüler* müssen endlich in vollem Umfang und in hoher Qualität erteilt werden.

Für förderbedürftige Kinder müssen verpflichtende Förderkurse angeboten werden. Damit sind auch weniger Klassenwiederholungen und Querversetzungen zu erwarten. Die Gefahr der Demotivation mit langfristigen negativen Folgen sinkt.

Der Wortlaut der Verordnung umfasst ausdrücklich auch die leistungsstärkeren Schüler. Dem ist Rechnung zu tragen, indem auch für leistungsstärkere Kinder effektive Anreize gesetzt werden, sich weiter zu verbessern.

Lernmittelfreiheit

Das Hessische Schulgesetz garantiert den Eltern Lernmittelfreiheit. In der Praxis werden Eltern jedoch für Kopiergeld, Lernmaterial, Lektüren, Workbooks, Ausflüge etc. immer mehr zur Kasse gebeten. Pro Kind sind jährlich etwa 500 Euro für diese Kosten aufzubringen (ohne die Kosten einer Klassenfahrt). Daher fordert der Landeselternbeirat ausreichend finanzielle Mittel, um alle benötigten Lernmaterialien in den Schulen bereit zu stellen. Darüber hinaus müssen für Kinder aus sozial schwachen Familien (z. B. Hartz IV) ressortübergreifend weiterführende Regelungen getroffen werden, um jegliche Benachteiligung auszuschließen.

Frühkindliche Bildung

Die frühkindliche Bildung muss ausgebaut werden. Eltern müssen in ihren Erziehungskompetenzen und auch in ihrer Sprachkompetenz gestärkt werden. Das gilt für alle Kinder, insbesondere aber für Kinder mit Migrationshintergrund, für Lernschwache, für Kinder mit Teilleistungsstörungen, Körper- und geistigen Behinderungen und solchen mit Sprachschwierigkeiten (Stottern, etc.). Kindern aus schwierigen Familienverhältnissen muss eine systematische Förderung angeboten werden, die idealerweise auch die Eltern umfasst.

Gesundheit

In den Lehrplänen muss Gesundheit und Ernährung berücksichtigt werden. Das gemeinsame Mittagessen in der Schule (Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler) muss als Gesundheits-erziehung als Standard in den Unterricht eingebaut werden. Der Sportunterricht muss einen höheren Stellenwert bekommen. Krankhaftem Suchtverhalten jeglicher Art muss vorgebeugt werden. Da das Elternhaus dabei eine große Rolle spielt, müssen sich die Erziehungsberechtigten ihrer Vorbildfunktion bewusst sein und sich entsprechend verantwortungsvoll verhalten können. Daher sollten die Eltern frühzeitig in entsprechende Programme eingebunden werden.

Die sich ausweitende Verwendung von Psychopharmaka wie Ritalin, muss durch „guten“ und an den Bedürfnissen der Kinder orientierten Unterricht gestoppt werden. Die Schule mit ihrem Selbstbild als „Schmiede der zukünftigen Arbeitnehmer“ erzeugt derzeit durch teilweise un-menschliche Bedingungen eine Pathologisierung von oft normalem kindlichem Verhalten. Die- sem Trend muss ein Ende bereitet werden.

Für alle Schüler muss eine systemunabhängige Hotline eingerichtet werden, an die sich wen- den können, wenn in der Schule Probleme auftreten (Missbrauch, Mobbing, Gewalt).

Schülerbeförderung

Es bedarf neuer Rahmenbedingungen bei der Organisation der Schülerbeförderung: Jegliche Benachteiligung von Schülern aufgrund ihres Wohnortes ist auszuschließen, unabhängig von der gewählten Schulform und dem angestrebten Schulabschluss. Der Landeselternbeirat for- dert daher für alle Schüler die freie Fahrt zur Schule bis zum gewünschten Schulabschluss (d.h. Haupt-/Realschulabschluss, Abitur). Die Praxis der Kommunen, die Übernahme oder Erstattung der Fahrtkosten aufgrund der Schulwahl abzulehnen, muss sofort beendet werden. Es gilt das Prinzip der freien Schulwahl.

Des Weiteren verweisen wir auf unsere folgende Stellungnahmen und Forderungen

- Stellungnahme zur Anhörung durch die Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ vom 12.07.2014
- Stellungnahme zur Deutschen Gebärdensprache vom 12.07.2012
- Gemeinsame Forderung der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte anlässlich des gemeinsamen Treffens mit dem Kultusminister vom 14.06.2014
- Position des Landeselternbeirats und hessischer Kreis- und Stadtelternbeiräte zur Schülerbeförderung vom 13.06.2014
- Gemeinsame Resolution der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und des Lan- deselternbeirats zur Schulsozialarbeit „Bildung ist eine Investition in die Zukunft – Gleiche Chancen möglich machen“ vom 18.09.2013